

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung 08/2015 vom 17. September 2015, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

---

#### Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Hiltbold Peter Aegerter, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Ber, Nicole Krenger, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter (bis Traktandum 5), Verena Schneiter, Franz Schori, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz (bis 19.00), Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener (bis 19.00) und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller (bis 18.15)
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Lukas Lanzrein, Simon Schweizer
Schluss der Sitzung	19:40 Uhr

---

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst er Daniela Weber (SVP) als neues Stadratsmitglied willkommen und wünscht ihr für ihr Comeback im Stadtrat und ihre Arbeit viel Befriedigung.

## 64. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20. August 2015

Der Stadtratspräsident verweist auf die Änderungsanträge von Stadtrat Lukas Lanzrein (SVP) auf Seite 73 des Protokolls betreffend Erhöhung der SAKO-Sitzung von 35 auf 40 Plätze sowie auf Seite 75 betreffend ablehnender und zustimmender Ratsmitglieder in der Fraktion.

#### Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird mit den genannten Änderungen vom Rat stillschweigend genehmigt.

## 65. Sitzungskalender Stadtrat 2016

### Genehmigung

Der Sitzungskalender Stadtrat 2016 wird stillschweigend genehmigt.

## 66. Stadträtliche Kommission

### Ersatzwahl SAKO Präsidiales und Finanzen anstelle von Sandra Ryser-Liebi (SVP)

Serge Lanz, SVP/FDP-Fraktion, schlägt Daniela Weber (SVP) zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

#### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der SVP-Fraktion, beschliesst:

In die Sachkommission Präsidiales und Finanzen (P+F) wird als Mitglied anstelle von Sandra Ryser-Liebi (SVP) per sofort gewählt: Daniela Weber (SVP)

## 67. Revision Lohnsystem - Teilrevision Personalmanagement

### Teilprojekt Lohnskala und gleichzeitige Anpassung einzelner Artikel im Personalmanagement

#### Bericht des Gemeinderates Nr. 26/2015

Stadtpräsident Raphael Lanz erläutert die Vorlage und hebt zwei Hauptpunkte hervor. Den vielen Mitarbeitenden, die sich heute in der obersten Gehaltsklasse befinden, soll wieder eine lohnmassige Perspektive geboten werden. Zudem sollen die Erfahrungsstufen in Leistungsstufen umgewandelt werden. Er betont, dass die Stadt Thun über sehr gute und motivierte Mitarbeitende verfügt. Aus diesem Grund wird die praktische Auswirkung der Erfahrungsstufen-Abschaffung wahrscheinlich gering ausfallen. Das Personalamt wird auch künftig die Stufenzuteilungen auswerten, um systematische Ungleichbehandlungen auszuschliessen. Ein regelmässiger Austausch zwischen Gemeinderat und Personalamt ist vorgesehen. Eine grosse Mehrheit der Mitarbeitenden soll von dem neuen Lohnsystem profitieren können, ohne dass dies grosse finanzielle Folgen hätte. Die Vertretenden der Gewerkschaften werden darum gebeten, Probleme, die bei anderen bestehen, nicht auf die Stadt Thun zu übertragen und auf die Vorlage einzutreten.

Nicole Krenger, **SAKO P+F**, dankt für die ausführliche Dokumentation. Die Mehrheit der SAKO begrüsst den Vorschlag des Gemeinderates und die damit verbundene Stufenerweiterung. Die Mehrkosten werden zur Kenntnis genommen. Einige Mitglieder der SAKO befürchten, dass das neue Lohnsystem zu Verzerrungen und Ungerechtigkeiten führen kann. Die SAKO empfiehlt das Eintreten auf das Geschäft.

Martin Allemann, **SP-Fraktion und Fraktion Grüne**, wünscht eine Eintretensdebatte um einen Rückweisungsantrag des Geschäftes zu diskutieren.

#### a) Eintretensdebatte

Martin Allemann, **SP-Fraktion sowie Fraktion Grüne**, ist zum Schluss gekommen, dass der Vorschlag des Gemeinderates nicht ausgereift ist und die Vorlage ungenügend abgesprochen wurde. Es wurde zwar eine Vernehmlassung gemacht, aber es fanden danach keine Gespräche statt. Gemäss den Aussagen des Personalchefs in der Sako P+F, gibt es in diesem Punkt unüberbrückbare Differenzen mit dem VPOD, sodass es nichts genützt hätte mit dem Sozialpartner zu sprechen. Gemäss Stadtpräsident Raphael Lanz gäbe es eine gute Sozialpartnerschaft mit dem VPOD. Jedoch hat in diesem Fall keine Auseinandersetzung mit dem VPOD stattgefunden. Dies wird heftig bemängelt. Dadurch geht das Vertrauen in die Stadt verloren. Die Stadt muss eine verlässliche Partnerin sein. Gemeinsam soll eine Lösung oder zumindest das Gespräch gesucht werden. Die Sozialpartnerschaft soll auch für die Stadt Thun eine Bedeutung haben. Die Fraktionen verlangen eine Rückweisung des Geschäftes und neue Verhandlungen mit den Sozialpartnern.

Serge Lanz, **SVP/FDP-Fraktion**, verweist darauf, dass gute und motivierte Mitarbeitende der Schlüssel zum Erfolg sind, auch für die Stadt Thun. Arbeitsinhalt, Arbeitsziel, Erreichung des Ziels sowie Wertschätzung des Erreichten steigern die Motivation der Mitarbeitenden. Der Gehalt an sich ist kein direkter nachhaltiger Motivationsfaktor. Das Personalamt ist sich über wichtige Einflussfaktoren wie Orientierung und Motivation im Klaren. Viele Mitarbeitende befinden sich auf der obersten Stufe und haben keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr. Sie brauchen dringendst Motivationsfaktoren. Die präsentierte Lösung überzeugt die Fraktion. Die zweifellos guten Führungskräfte der Stadt Thun können nach der Teilrevision wieder flexibel neue Möglichkeiten für ihre Mitarbeitenden schaffen, um diese zu motivieren. Ein Modell, das im Kanton an vielen Orten angewandt wird. Die Streichung der Erfahrungsstufen ist ein fairer Preis für die Erweiterung der Leistungsstufen. Die Fraktion unterstützt kompromisslos und einstimmig den Revisionsantrag des Gemeinderates und lehnt eine Rückweisung ab.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, steht hinter dem Eintreten. Die Diskussionsführung ist bei einem so sensiblen Thema erwünscht, um gemeinsam eine konstruktive Lösung zu finden. Die Fraktion tritt mehrheitlich auf die Änderungsanträge ein, da die Bedenken ernst zu nehmen sind.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, stimmt den Bedenken zu und wünscht sich eine Diskussion.

Manfred Locher (EDU) kann persönlich nicht mit der Fraktion schritthalten und schliesst sich den Linken an.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, versteht die Gründe für eine Rückweisung nicht. Die Rückweisung wird verlangt, weil ein Verband nicht begrüsst worden ist. Dies allein kann nicht Grund für eine Rückweisung sein. Argumentativ wurden wenig Punkte aufgezählt, warum der Vorschlag inhaltlich neu überarbeitet werden müsste. Eine Rückweisung macht keinen Sinn.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, kritisiert, dass die Stadt Thun gar nicht erst zum Gespräch einladet. In der Schweiz ist die Sozialpartnerschaft Tradition. Gewerkschaften haben einen beachtlichen Organisationsgrad und eine entsprechende Repräsentativität sowie eine vermittelnde Funktion. Da das Gespräch nicht gesucht wurde, unterstützt die Fraktionen die Forderung der Überweisung nicht.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, wünscht sich einen Dialog zwischen Stadt und Personal, um eine bessere Lösung zu suchen, die anschliessend dem Rat vorgelegt wird.

Stadtpräsident Raphael Lanz ist über die Debatte erstaunt. Es finden regelmässige Gespräche mit dem VPOD statt, in denen Anliegen besprochen werden. Die meisten Anliegen werden positiv entgegen genommen. Er kritisiert, dass die Gewerkschaften ihre gewöhnliche Art und Rhetorik hier auch auf die Stadt anwenden.

Der Rat stimmt dem Eintreten mit 24: 14 Stimmen zu.

#### b) Detailberatung

##### Artikel 34

Keine Bemerkungen.

##### Artikel 47

Keine Bemerkungen.

##### Artikel 48 a), Antrag zu Abänderung des Artikels 48a

Martin Allemann, SP- und Grüne Fraktion, stellt klar, dass er in seiner letzten Wortmeldung niemandem willentlich Unrecht tun wollte.

Im heutigen Lohnsystem erhalten Mitarbeitende bei ungenügenden Leistungen keine Stufenerhöhung. Die Stadt Thun verfügt, gemäss Stadtpräsident Raphael Lanz, über sehr gutes Personal. Die Gefahr, dass jemand keine Stufenerhöhung erhält, ist daher gering. Mitarbeitende haben mit dem neuen Lohnsystem und keiner automatischen Stufenerhöhung bei normaler, guter Arbeit in Zukunft keine Gewähr mehr, jemals die Stufe 26 zu erreichen. Damit ist ein gleicher Lohn für gleiche Arbeit nicht mehr gewährleistet. Die Stufenerhöhung hängt von den Vorgesetzten, der Beurteilung und den Mitteln ab. Es ist fragwürdig, wie in Zukunft mit dem Leistungsanstieg umgegangen werden kann, wenn es bis heute nicht geklappt hat. Die Leute, die zugelassen haben, dass es so viele Mitarbeitende in die oberste Stufe geschafft haben, werden für das neue System umgeschult. Es stellt sich die Frage, warum sie nicht für das bestehende System umgeschult werden. Bisher hatten Mitarbeitende bis zur Stufe 26 eine Perspektive, die sie in Zukunft nicht mehr haben werden. Es wird also nicht alles beim Alten bleiben. Gute Leistungen sollen gefördert werden. Für normale Arbeit wird weiterhin eine Stufenerhöhung gewünscht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, dahinter steht der Antrag auf Änderung des Artikels. Die Änderung der Absätze 2 und 5 sind eine logische Folge der Änderung von Absatz 1.

[Anmerkung zum Protokoll: Der folgende gemeinsame Änderungsantrag der SP-Fraktion und der Fraktion Grüne wurde vor der Sitzung verteilt:

„Art. 48a, Abs. 1: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche die Anforderungen und Zielvorgaben erfüllen, erhalten jährlich eine Lohnstufe bis zur Lohnstufe 26.

Abs. 2: Zusätzliche Lohnstufen können an Mitarbeitende vergeben werden, welche die Anforderungen und Zielvorgaben in wichtigen Bereichen übertroffen haben; ein Anspruch auf zusätzliche Lohnstufen besteht nicht.

Abs. 5: Der Gemeinderat legt die für den Lohnstufenaufstieg einsetzbare Lohnsumme jährlich im Budget fest, mindestens jedoch 1,2 Prozent der Bruttolohnsumme der Mitarbeitenden in den Lohnstufen -4 bis 59. Er orientiert sich dabei insbesondere an den personalpolitischen Grundsätzen von Art. 3 Abs. 1 lit. a bis d.

Art. 48b, Abs. 1: Bei einer Bewertung „teilweise erfüllt“ kann die bisherige Lohnstufe sistiert werden. Bei einer Bewertung „nicht erfüllt“ kann die bisherige Lohnstufe im darauffolgenden Jahr um bis zu zwei Lohnstufen reduziert werden.“]

Stadtpräsident Raphael Lanz erklärt, dass es lediglich um das Beibehalten oder das Abschaffen der Erfahrungsstufen geht. Knappe oder ungenügende Leistungen werden künftig keine Lohnerhöhungen mehr erhalten. Die finanziellen Mittel, die dort eingespart werden, stehen dafür für sehr gute Leistungen zur Verfügung. Es kann zwischen einem System, das genügende Leistungen nach Vorschrift honoriert und einem System, das sehr gute Leistungen belohnt, ausgewählt werden. Der Gemeinderat bevorzugt die Belohnung von guten und sehr guten Leistungen und lehnt daher den Änderungsantrag ab.

**Martin Allemann (SP)**, fordert die Räte dazu auf, das eben Gesagte nachzulesen und betont, dass dies nicht so in den Unterlagen steht. Im neuen System werden Mitarbeitende anhand der Anforderungen und Zielvorgaben ihrer Vorgesetzten bewertet. Vorgesetzte müssen anders handeln. Während sie im heutigen System ihre Rolle als Vorgesetzte aktiv wahrnehmen müssen, um Mitarbeitenden einen negativen Bescheid zu überbringen, sind sie im neuen System nur die Überbringer der guten Botschaft. Mitarbeitende wissen künftig nicht, ob ihre Leistung gut, nur knapp erfüllt oder ungenügend ist. Den leistungsstärkeren Mitarbeitenden wird nichts weggenommen. Sie steigen möglicherweise weniger schnell auf, dafür bleiben die Leute nicht einfach sitzen. Es ist fragwürdig, warum das System geändert werden soll, wenn alles gleich bleibt. Der Unterschied zwischen den beiden Systemen ist der Automatismus, der durch Anforderungen und Zielvorgaben ersetzt wird.

**Matthias Wiedmer, SVP-Fraktion**, informiert, dass die Staatsanwaltschaft dasselbe System hat und gute Erfahrungen damit macht. Eine Lohngerechtigkeit bis ins Detail gibt es nicht. Das Leistungsprinzip macht Sinn und eine Flexibilisierung ist wichtig. So erbringen beispielsweise manchmal junge Mitarbeitende eine bessere Leistung als ältere Mitarbeitende, verdienen jedoch sehr viel weniger als diese. Mit der Erfahrung alleine wird die Leistung nicht garantiert. Beim Thema Beurteilung vertraut er den Personalverantwortlichen und hofft, dass diese ihre Führungsaufgaben wahrnehmen und mit ihren Mitarbeitenden im Gespräch sind. Dem Gemeinderat und den Verantwortlichen soll mehr Flexibilität gegeben werden.

**Nicole Krenger, Fraktion der Mitte**, spricht über die mehrheitliche Meinung der Fraktion. Über den Wechsel von den Erfahrungs- zu den Leistungsstufen haben auch sie Bedenken. Es ist der Fraktion ein Anliegen, ein faires Lohnsystem zu haben. Es kann nicht das Ziel sein, dass Mitarbeitende für genau dieselbe Arbeit mehr oder weniger Lohn erhalten. Die Frage ist, ob das Ganze automatisch geschieht oder durch gute Leistung. Dabei geht vergessen, dass sich ein Arbeitnehmer beim Abschluss eines Arbeitsverhältnisses dazu verpflichtet, die Arbeit zu einem vereinbarten Lohn sorgfältig und ordnungsgemäss auszuführen. Dienst nach Vorschrift hat somit den vereinbarten Lohn zur Folge. Erst das Leisten von Ausserordentlichem rechtfertigt eine Belohnung. Je mehr Geld in die Erfahrungsstufen gesteckt wird, desto weniger Geld bleibt für die Leistungsstufen übrig. Es soll möglich sein, gute Leistungen zu belohnen anstatt automatisch die normale vertraglich vereinbarte Arbeit zusätzlich zu honorieren. Die Erfahrungsstufen sind nicht mehr zeitgemäss. Die Fraktion hat ein Grundvertrauen ins Personalamt und hofft, dass genau hingeschaut, kontrolliert, gut geschult, sachlich beurteilt wird und Geld nicht nach Sympathie und Antipathie verteilt wird. Die Mehrheit der Fraktion lehnt den Abänderungsantrag ab.

**Manfred Locher (EDU)**, erklärt, dass die Mitarbeitenden bisher intrinsisch motiviert waren, ganz unter dem Motto wir t(h)un was für Thun. Nun befürchtet er mit der Leistungskomponente schlechtes Blut in der Verwaltung.

Der Rat lehnt mit 18:20 Stimmen den Abänderungsantrag des Artikels 48a ab.

Der **Stadtratspräsident** informiert über den Rückzug des Abänderungsantrags für den Artikel 48b. Es sind keine weiteren Abänderungsanträge vorhanden.

**Nicole Krenger, Fraktion der Mitte**, weist auf die Kosten von 31'000 Franken hin. Aufwand und Ertrag scheinen einermassen ausgeglichen zu sein für diese einmalige Sache. Es wird befürchtet, dass die Lohnkosten als Gesamtes überproportional steigen werden. Wenn die Lohnstufen in Zukunft fast verdoppelt werden und besondere Leistungen honoriert werden sollen, dann wird mehr Geld benötigt. Die Fraktion hofft, dass die Lohnsummen in Zukunft nicht explodieren. Die Konkurrenzfähigkeit der Stadt und die Möglichkeit zum Ausgleich bei nicht ganz marktformen Stellen durch eine höhere Flexibilität des Personalamts werden begrüsst. Eine faire Handhabung wird erhofft. Gespräche mit dem Personalamt sind in der SAKO vorgesehen. Die Fraktion nimmt den Vorschlag mit einer Ausnahme an.

**Daniela Huber Notter, BDP-Fraktion**, stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu, allerdings ohne grosse Begeisterung. Nicht alle Mitarbeitenden profitieren von der neuen Regelung. Sie hätten sich über ein anerkennendes Zeichen des Gemeinderates in Form von möglichen Übergangsregelungen gefreut. Die Fraktion würde sich über gewisse Korrekturen für Mitarbeitende, die in dem neuen System zu kurz kommen, freuen. Die BDP-Fraktion stimmt einstimmig zu.

Stadtpräsident Raphael Lanz bestätigt, dass die potenzielle Lohnsumme höher wird. Auf der anderen Seite ist das Risiko durch die kleine Prozentzahl beschränkt. Ein Grossteil der Mitarbeitenden profitiert von der Teilrevision, die mehr Spielraum gibt. Der Gemeinderat nimmt keine schlechten Stimmungen und Probleme bei den Mitarbeitenden wahr und hofft auf ein weiterhin gutes und faires Lohnsystem. Sollte etwas nicht aufgehen oder Probleme auftauchen, wird dem nachgegangen. Ein Austausch von Personalamt und SAKO wird weiterhin stattfinden.

Der Rat fasst mit 24 zu 14 Stimmen folgenden

#### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe a und Artikel 43 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 26. August 2015, beschliesst:

1. Zustimmung zur Teilrevision des Personalreglements und zur Inkraftsetzung per 1. Juli 2016.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident schlägt vor, die verlangte Dringlichkeit der beiden neuen Vorstösse im Anschluss an die Ortsplanungsrevision zu diskutieren. Dies, da der Stadtschreiber Bruno Huwyler und die beiden Gemeinderäte Raphael Lanz und Konrad Hädener die Sitzung frühzeitig verlassen müssen. Der Rat stimmt der Verschiebung stillschweigend zu.

## 68. Ortsplanungsrevision

**Bewilligung eines Verpflichtungskredites der Stadt Thun von CHF 3'350'000 für die Ortsplanungsrevision**

Bericht des Gemeinderates Nr. 24/2015

Gemeinderätin Marianne Dumermuth erläutert die Vorlage. Eine Ortsplanungsrevision scheint immer abstrakt, ist aber für alle ein Mehrwert. Handeln im öffentlichen Raum ist abhängig von der Planung. Es soll eine Planungssicherheit für Investorinnen und Investoren in Thun geschaffen werden. Veraltete Bauereglements benötigen eine Aktualisierung. Gemeinsam mit der Bevölkerung soll eine optimale bauliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt ermöglicht werden. Bestehende Qualitäten sollen erhalten bleiben, Lebenswerte gesteigert werden. Die Entwicklungsrichtung der Ortsplanungsrevision ist durch die überarbeitete Strategie Stadtentwicklung und die Legislaturziele bereits festgelegt. Zudem wird zu gegebenem Zeitpunkt eine Vision als Teilprojekt erarbeitet. In letzter Zeit wurden viele Vorstösse mit dem Hinweis auf die Ortsplanungsrevision hinausgeschoben. Es ist daher an der Zeit, die Revision in Angriff zu nehmen. Aus mehreren Gründen wird eine Gesamt- und keine Teilrevision angestrebt. Zum einen stehen viele Themen in Abhängigkeit. Eine Teilrevision würde viele davon blockieren. Zum anderen würde eine Teilrevision am Ende teurer ausfallen. Eine Zunahme der Gewerbefläche und Arbeitszone sowie die Aufwertung von einzelnen Quartieren sind unter anderem Ziel der Revision. Es handelt sich bei der Ortsplanungsrevision um einen beträchtlichen Kostenrahmen. Aus Erfahrung braucht es externe Fachleute. Intern in der Stadt werden genügend Andock-Stellen benötigt, damit die externen Arbeiten optimal genutzt werden können. Der Einbezug der Bevölkerung ist dem Gemeinderat wichtig. Mögliche Risiken durch widersprüchliche Interessen werden wahrgenommen. Der Gemeinderat empfiehlt dem Rat, das Kreditgeschäft anzunehmen.

Andreas Kübli, SAKO StE, teilt die Meinung des Gemeinderates. Eine Vollrevision ist bei einem solch komplexen Projekt nötig. Bei einer etappenweisen Vorgehensweise entstehen früher oder später Probleme und höhere Kosten. Die Kommission dankt für die umfangreichen Unterlagen und die transparente Kommunikation. Die Ortsplanungsrevision hat einige Fragen aufgeworfen. Zum Beispiel, ob es den grossen Aufwand tatsächlich brauche. Momentan gibt es aufgrund von veralteten Reglementen zu viele Ausnahmen und Spezialregelungen. Die Steuerung von Seite der Stadt ist wichtig. Die Spielraumvergrösse-

rung für Bauherren und Gewerbe darf keinesfalls auf Kosten der Raumplanungsqualität geschehen. Ein gewisser Standard soll eingehalten werden. Probleme von morgen sollen nicht mit Instrumenten von gestern gelöst werden. Die SAKO StE empfiehlt mehrheitlich die Annahme.

Serge Lanz, **SAKO P+F**, betrachtet die Ortsplanungsrevision strategisch gesehen als ein sehr wichtiges Geschäft. Eine klare Kommunikation und Transparenz sind wichtig. Die Kommission befürwortet die verantwortungsvolle Projektführung durch den Gemeinderat. Vorgaben wie das Raumplanungsgesetz, ein revidierter kantonaler Richtplan, das Baugesetz, regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK liefern die entsprechenden Richtlinien. Es soll an Bewährtem festhalten werden, Veraltetes gestrichen oder verbessert werden und Vorhaben sollen umgesetzt werden. Die SAKO P+F empfiehlt einstimmig die Annahme.

Serge Lanz, **SVP/FDP-Fraktion**, weist auf vier Punkte hin, die der Fraktion sehr wichtig sind. 1. Für eine erfolgreiche Ortsplanungsrevision braucht es eine klare Vision und eine umsetzbare Strategie. Eine ganzheitliche Betrachtungsweise ist Voraussetzung dafür. Aus diesem Grund wird die Fraktion das Teilprojekt "Gesamtkonzept/Vision" stark im Auge behalten. Die Steuerung eines so grossen Projektes durch den Gemeinderat und nicht durch die Abteilungsleitenden wird befürwortet. 2. Die Entwicklung der Arbeits- und Gewerbezone, bei der eine klare und transparente Kommunikation entscheidender Erfolgsfaktor ist. Thuner Unternehmer brauchen Nutzungsfläche am richtigen Ort mit der entsprechenden richtigen Erschliessung. Es besteht hier, wie Beispiele aus der Vergangenheit gezeigt haben, ein grosses Optimierungspotenzial. Thun will wirtschaftlich eine attraktive Stadt werden, sein und bleiben. Aus diesem Grund wird die Fraktion das Teilprojekt "Arbeiten" ebenfalls besonders im Auge behalten. 3. Es wurde intensiv diskutiert, ob die enorm hohen Kosten in Höhe von 3,35 Mio. Franken für das Erstellen einer Ortsplanungsrevision nötig sind. Die SVP/FDP-Fraktion hat den Ruf, immer gegen jegliche Ausgaben zu sein. Im November 2014 wurde der enge Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2018 mit der Auflage, jeden Franken zu hinterfragen, einstimmig angenommen. Es wird an die Pflicht des Rates, solche Vorhaben zu prüfen, erinnert. Als BRK-Präsident weist er auf kommende Themen im November hin. Der Gemeinderat wird gebeten, seine Steuerungspflicht wahrzunehmen und Ausgaben zu hinterfragen und zu prüfen, zumal 50% an Externe vergeben werden. 4. Als letzter Punkt verweist er auf die Akzeptanz der Ortsplanungsrevision in der Bevölkerung. Eine klare Kommunikation, auch bei heiklen Themen, ist entscheidend. Dabei spielt das ganzheitliche Bild eine grosse Rolle. Die offene Partizipation, ziel- und zeitgerechte Kommunikation und die klare Führung machen das Geschäft sympathisch. Wenn die Ortsplanungsrevision so durchgeführt werden kann und der temporäre Stellenaufbau anschliessend wieder wie versprochen abgebaut werden kann, dann stimmt die SVP/FDP-Fraktion der Ortsplanungsrevision einstimmig zu.

Andrea de Meuron, Fraktion Grüne, kritisiert die bereits festgelegte Haltung der SVP/FDP-Fraktion, die bereits in der Zeitung zu lesen war. So können Beschlüsse auch schon im Vorfeld gefasst werden. Die Ortsplanungsrevision kann wie ein Mosaik angeschaut werden. Jeder Stein muss passen, damit das Gesamtbild am Ende stimmt. Heute sitzt nicht alles so, wie es sollte. Die Gründe der Dringlichkeit sind klar. Es handelt sich bei dem Verpflichtungskredit um eine hohe Summe. Die Fraktion begrüsst die transparente Auflistung der internen Kosten. Drei Punkte werden allerdings hinterfragt. 1. Vor einem Jahr wurden 200 befristete Stellenprozente bewilligt. Nun wird aufgestockt. Es stellt sich die Frage, warum so kleine Pensenerhöhungen wie 10% beim Amt für Stadtliegenschaften oder beim Amt für Bildung und Sport nicht in den Reserven aufgelistet sind während das Tiefbauamt mit all den vielen Geschäften keine Erhöhungen hat. Die Fraktion vertraut auf eine gute und stimmige Absprache untereinander. Gute und motivierte Mitarbeitende sind schlussendlich der Schlüssel zum Erfolg. 2. Weiter wird kritisiert, dass eine Beurteilung der Kosten für externe Aufträge nur schwer möglich ist. 3. Als letzter Punkt wird auf das Baureglement hingewiesen. Im heutigen Baureglement sind Anforderungen zu Heiz- und Warmwasserenergie verankert. Die Fraktion fragt sich, wohin die Stadt Thun in Zukunft will. Die Zielrichtung ist durch die Legislaturziele gegeben. Allerdings fehlt dort eine Aussage über die energiepolitischen Ziele der Stadt Thun, die grundlegend sind. Es wird gehofft, dass zukunftsfähige Lösungen gefunden werden können. Die Fraktion ist gespannt, wie sich beispielsweise das Lachenkanal-Projekt entwickeln wird. Trotz den vielen Fragen stimmt die Fraktion zu und hofft, dass sich die angebrachten Zweifel in fünf Jahren in Luft aufgelöst haben werden.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Dokumentation und die Transparenz in einem solch grossen Geschäft. Im Gegensatz zur letzten Ortsplanungsrevision im 2002

sind hier die Vollkosten erwähnt. Es wird davon ausgegangen, dass keine finanziellen Nachträge behandelt werden müssen zu einem späteren Zeitpunkt. Die Fraktion hofft, dass der Kredit ausreicht, die Besetzung ausgewogen und der Terminplan realistisch und umsetzbar ist. Wohnen sowie Gewerbe und Arbeit sollen unter entsprechenden Rahmenbedingungen künftig optimal getrennt nebeneinander Platz haben. Die BDP-Fraktion stimmt dem Geschäft geschlossen zu.

Andreas Kübli, Fraktion der Mitte, dankt für die umfangreichen Unterlagen. Nicht jedes Detail muss im Voraus geklärt sein. Die Notwendigkeit der Vollrevision ist erkennbar. Es ist wichtig, dass Aufwände thematisiert werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Kosten nicht höher ausfallen als erwartet. Die Fraktion der Mitte unterstützt das Geschäft in dieser Form, hat aber einige Anregungen. Eine transparente Kommunikation und ein früher Einbezug von Schlüsselorganisationen wie beispielsweise den Wirtschaftsverbänden sind wichtig. Thun steht vor einem riesigen Veränderungsprozess. Die Interessensgruppierungen sollen persönlich und emotionell abgeholt und mit eingebunden werden. In der Projektorganisation wird ein gewisses Risiko gesehen. Sehr Vieles wird auf der Projektleitung ausgetragen. Ein Wissenstransfer ist erwünscht und wird empfohlen, damit die Projektleitung auch entsprechend Unterstützung beziehen kann. Die Fraktion der Mitte freut sich auf ein positives Resultat, hofft auf laufende Informationen und wünscht ein gutes Gelingen. Die Fraktion unterstützt das Geschäft.

Adrian Christen, SP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche und genaue Dokumentation. Als Architekt hat er sehr oft mit den Planungsinstrumenten der Stadt Thun zu tun. Eine Anpassung soll die Planung in Zukunft vereinfachen. Durch das revidierte Raumplanungsgesetz, den neuen kantonalen Richtplan und die vielen parlamentarischen Vorstösse ist eine umfassende Revision unumgänglich. Als Architekt gefallen ihm die Grundsätze "mehr Beratung" und "weniger Vorschriften", die eine Planung vereinfacht und bei den Bürgerinnen und Bürgern für Verständnis sorgen. Verschiedene Interessensgruppen sollen in den Prozess mit einbezogen werden. Die Fraktion begrüsst die Offenlegung der Finanzen, vor allem aber auch den Teil der Verwaltung. Die benötigten finanziellen Mittel sind zwar hoch, aber nötig, um brauchbare Antworten von beispielsweise Externen zu erhalten und vorwärts zu kommen. Zudem hilft die genaue Auflistung der Ausgaben um die Finanzen im Griff zu haben. Die Fraktion freut sich auf den kommenden Prozess und die aktive Mitgestaltung. Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit zur Ortsplanungsrevision zu.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt für die wohlwollende Aufnahme des Geschäftes und die vielen wertvollen Hinweise der Räte. Sie freut sich auf den kommenden Wortwechsel. Das Projekt ist erst am Start. Zwei genannte Bilder sind besonders zutreffend: Man kann nicht mit Instrumenten von gestern die Zukunft von morgen planen. Das Mosaik-Bild von Andrea De Meuron passt. Ob sich die Kosten für den Prozess lohnen werden, wird erhofft, kann aber nicht vorausgesagt werden. Im heutigen Stadium ist das Wissen bereits ziemlich präzise. Sie dankt, auch im Namen des Stadtpräsidenten Raphael Lanz, den Räten für alle Hinweise und Tipps zur Steuerung des komplexen und langen Prozesses.

Der Rat fasst einstimmig folgenden

#### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe c der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 26. August 2015, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von brutto CHF 3'350'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 581/5612.006.0 (Bilanzkonto Nr. 1171.10.01) für die Ortsplanungsrevision.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

**69. Postulat "Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmenden während Bauphase Zugang Schlossbergparking, temporärer Ersatz von Veloabstellplätzen in der oberen Hauptgasse gefordert!"; Dringlichkeit**

Andrea de Meuron, **Grüne**, erachtet das Postulat als dringlich, da die Bauphase des Schlossbergparkings bald startet.

Der Gemeinderat stimmt der Dringlichkeit zu.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit stillschweigend zu.

**70. Postulat "Verzicht auf die Errichtung einer Buvette am Aarequal"; Dringlichkeit**

Philipp Deriaz (SVP) informiert, dass inhaltlich Abklärungen im Gange sind. Es sind Einsprachen hängig. Der Kanton befasst sich damit und es sind bereits Entschiede gefallen. Das Postulat kann ein Teil zur Entscheidungsfindung beifügen. Das müsste zeitnahe passieren.

Gemeinderat Konrad Hädener erklärt, dass aufgrund von laufenden Baubewilligungsverfahren und pendenten Einsprachen nicht damit zu rechnen ist, dass in gegebener Zeit eine Baubewilligung erteilt wird.

Der Rat erklärt das Geschäft mit 19 : 18 Stimmen als dringlich.

**71. Verkehrsanlagen, Strassenraumgestaltung Innenstadt**

**Verpflichtungskredit von CHF 295'000 zur Ausarbeitung des Bauprojektes (Projektphase 1); Stadtratsbericht**

**Bericht des Gemeinderates Nr. 25/2015**

Gemeinderat Konrad Hädener erläutert die Vorlage und betont, dass es sich um einen Kredit- und nicht um einen Gestaltungsentscheid handelt. Sollten trotzdem Gestaltungen diskutiert werden, wird der Gemeinderat diese stillschweigend zur Kenntnis nehmen.

Simon Werren, **SAKO B+L**, erhofft sich mit dem Bypass Thun Nord eine Entlastung der Thuner Innenstadt. Diese soll verkehrs- und gestaltungstechnisch aufgewertet werden. Alle profitieren von einem gestärkten Wohn-, Arbeits- und Einkaufsort. Im Namen der SAKO dankt er für die guten Unterlagen und Visualisierungen. Die SAKO B+L stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, erläutert, dass es sich beim Einbahnverkehr in der Innenstadt um eine Begleitmassnahme handelt. Um Gelder von Bund und Kanton zu erhalten liegt es nun an der Stadt, diese Massnahmen umzusetzen. Der Kredit ist für die Fraktion unumstritten. Die Honorare sollen aber im Auge behalten werden. Die BOP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, informiert, dass der Bypass fast ein Jahr früher fertiggestellt wird als gedacht. Die Innenstadt wird dadurch vom Verkehr entlastet. Die Strassen nützen allerdings nichts, solange in der Innenstadt keine Massnahmen ergriffen werden. Es ist wichtig, dass sich die Strassenraumgestaltung an einem Tempo orientiert. Die blauen Wellen in der Marktgasse sind wahrscheinlich nicht der einzige Grund, warum die Temporegelung funktioniert. Unsicherheit bremst die Leute. Es sollte gut überlegt werden, welches System Sinn macht. Die Mitglieder der Spezialkommission Verkehr, die dem Vorhaben zugestimmt haben, sind in den Unterlagen aufgelistet. Es wird kritisiert, dass der VCS, der die Spezialkommission initiiert hat, dort fehlt. Die Fraktion Grüne stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Lukas Rohr, **Fraktion der Mitte**, erklärt, dass mit dem Bypass Nord die Voraussetzungen für eine Einschränkung des Verkehrs gegeben sind. Dadurch ergibt sich ein besserer Lebensraum für alle in der In-

nenstadt. Es wäre schade, wenn die zweite Massnahme nach dem Bypass Nord nicht in Angriff genommen würde. Die Fraktion steckt volles Vertrauen ins Planungsamt und hofft auf ein gutes Verkehrsregime.

Michael Dähler, **SVP/FDP-Fraktion**, genehmigt den Verpflichtungskredit. Die Verkehrssituation ist momentan unbefriedigend und wird nicht besser. Das Projekt "Strassenraumgestaltung Innenstadt" kommt nicht überraschend. Die Notwendigkeit der daraus folgenden Teilprojekte wie beispielsweise der Einbahnverkehr sind grösstenteils unbestritten. Die Fraktion kritisiert, dass in den Unterlagen bereits gestaltungstechnische Details wie Bus- und Taxiverkehr in entgegengesetzte Richtungen erwähnt sind, obwohl es sich hierbei nur um einen Kredit handelt. Die Fraktion ist mit diesem Punkt im Bericht des Stadtrates nicht einverstanden und behält sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt die Diskussion wieder aufzugreifen. Zudem stört es einige Mitglieder der Fraktion, dass erneut 270'000 Franken an Externe gegeben werden. An der Vorlage an sich ist allerdings nichts auszusetzen. Die Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit und ist gespannt auf das Projekt.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, erläutert, dass es nicht grundsätzlich um die Verkehrsführung in den einzelnen Abschnitten sondern um einen Verpflichtungskredit geht. Als Antwort auf die angebrachte Kritik seines Vorsprechers informiert er über vergangene Diskussionen in der SAKO zum Thema Einbahnverkehr. In einem damaligen Postulat "Einführung von Rundverkehr in der Thuner Innenstadt" ging es um die Verkehrsführung für Private, die gleich sein soll wie für den öffentlichen Verkehr. Damals wurde entschieden, dass auf die Einführung des Rundverkehrs in der Thuner Innenstadt aufgrund der Mehrkosten verzichtet wird. In letzter Zeit hat der Gemeinderat beim Thema Fussgänger sehr gerne auf die blauen Wellen verwiesen. Die Wellen sind nicht unbedingt die einzige Lösung. In der Schweiz gibt es auch andere Systeme. Die Fraktion begrüsst und empfiehlt, dass in der Planungsphase der Strassenbauprojekte, wenn noch kein Zeitdruck da ist, die Vernehmlassung in eine 2. Runde zu schicken. Der Prozess des gemeinsamen Austauschs ist dem Auseinandersetzen vorzuziehen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu, wird aber bei den notwendigen Krediten für die Umsetzungen bei den beiden Themen Tempo und Sicherheit nachhacken.

Gemeinderat Konrad Hädener korrigiert, dass nicht das Planungs- sondern das Tiefbauamt für das Geschäft zuständig ist. Das Planungsamt wird aber mit einbezogen sein. Er bedankt sich für die zustimmenden Voten

Der Rat fasst einstimmig folgenden

#### Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. August 2015 beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 295'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 501/2512.098.0 (Bilanzkonto Nr. 1141.10.01) zur Ausarbeitung des Bauprojektes Strassenraumgestaltung Innenstadt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 72. Motion M 2/2015 betreffend Verschiebung der Nachtruhe

Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Till Weber (Grüne), Roman Gugger (Grüne), Lukas Lanzrein (SVP), Susanna Ernst (BDP), Nicole Krenger (glp) und Mitunterzeichnende vom 1. April 2015; Beantwortung

Alice Kropf Khan, **SP**, erläutert, dass der Antrag offen formuliert wurde um dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, einzelne Gebiete auszuscheiden. Der Gemeinderat hat die Umwandlung in ein Postulat vorgeschlagen. Damit können die Motionäre allerdings nichts anfangen. Dem Gesprächsprozess soll Raum geboten werden. Die Motion wird deshalb zurück gezogen.

### 73. Postulat P 6/2015 betreffend Erlass von Baurechtzinsen für Sportbauten auf dem Gemeindegebiet der Stadt Thun

Peter Aegerter (BDP), Serge Lanz (FDP), Andreas Kübli (glp) und Mitunterzeichnende vom 1. April 2015; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel findet die Idee des Postulates grundsätzlich sympathisch, da eine scheinbare Ungerechtigkeit aus dem Weg geräumt werden soll. Der Teufel steckt hier aber im Detail. Bei dem ersten Antrag sind die Erfolgchancen abschätzbar klein. Dies aufgrund von gemachten Erfahrungen mit dem Bund und Kanton in anderen Projekten und laufenden Prozessen. Der zweite Antrag scheint auf den ersten Blick sympathisch, hätte aber neu geschaffene Ungerechtigkeiten zur Folge. Alle Elemente der Infrastruktur müssten mit einbezogen werden. Die Infrastruktur beim Sport unterscheidet sich von Sportart zu Sportart extrem. Nicht nur die Tiefe sondern auch die Breite ist problematisch. Viele Vereine suchen ein Vereinslokal. Allen gerecht zu werden wäre nicht mehr tragbar. Es wurde im Gemeinderat in Erwägung gezogen, zwei unterschiedliche Empfehlungen auf die Anträge zu geben. Es wurde auch überlegt, das ganze Postulat anzunehmen, was von vielen gewünscht wird. Ehrlich erscheint ihnen die moderne Sportförderung der Stadt Thun, die schon lange und auch in Zukunft gemacht wird. Sportförderung kann auch auf anderen Stufen stattfinden, beispielsweise auf Stufe Einzelsportler oder Mannschaft. Er verweist auf Änderungsmassnahmen bezüglich Sportförderung, die in Kürze anstehen werden. Finanzielle Ressourcen aus Einsparungen wünscht er beispielsweise für die Sportförderung zu verwenden.

Peter Aegerter, BDP, dankt im Namen der Postulanten dem Gemeinderat für die Stellungnahme. Beantwortet wurde damit jedoch nichts. Besonders zu Punkt 1 sind nur Begründungen aufgelistet worden, warum man nichts tun möchte. Den Postulanten fehlen Lösungsvorschläge. Es wurde beispielsweise nicht aufgezeigt, inwiefern sich Miete und Zinsen unterscheiden. Die Postulanten müssen feststellen, dass der Auftrag der Abklärung nicht erfüllt wurde. Im Namen der Postulanten und der Fraktion BDP stellt er Antrag auf Annahme des Postulats.

Franz Schori, SP-Fraktion, korrigiert, dass der Gemeinderat keinen Prüfungsauftrag hat, solange das Postulat nicht überwiesen wurde. Der Vorstoss findet bei denjenigen der Fraktion Sympathien, die sozialistische Grundwerte in sich tragen. Service Public, eine Kollektivierung des Bodens und der Infrastrukturen, nützt dem Breitensport. Die Fraktion unterstützt die Förderung des Sportes. Über die Verteilung und eine bessere Alimentierung der Töpfe, die für den Breitensport zur Verfügung stehen, kann diskutiert werden. Die Verwaltung soll aber dem Gemeinderat überlassen werden, damit dieser mehr Möglichkeiten hat, Sport möglichst unbürokratisch zu fördern. Der Prüfungsauftrag würde viele bürokratische Kosten verursachen. Die Fraktion ist erstaunt, dass dieser Wunsch ausgerechnet von einer Seite kommt, die sonst überall Personalkosten hinterfragt und zu sparen versucht. Es steht nicht im Finanzplan, dass auf solche Einnahmen verzichtet wird. Es sollte nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Einnahmeseite betrachtet werden. Der Vorstoss könnte in einigen Bereichen zu mehr Fairness führen, allerdings nicht überall. Die Fraktion stimmt deshalb dem Antrag des Gemeinderates zu und lehnt das Postulat ab.

Matthias Wiedmer, SVP/FDP-Fraktion, folgt dem Antrag des Gemeinderates. Es macht wenig Sinn, noch lange mit dem Kanton und Bund Gespräche zu führen, wenn diese nicht zustimmen. Die einen haben Äuslagen, die andere nicht haben. Ob dies Miete oder Baurechtzinsen sind, spielt für die Vereine keine Rolle. Er fragt sich, wohin die Stoss- und Zielrichtung geht.

Beat Grimm, Fraktion Grüne, findet das Anliegen sympathisch, versteht aber die Antwort und Überlegungen des Gemeinderates. Änderungen würden zu einem grossen Aufwand führen. Abklärungen wären aufwändig und aus finanzpolitischen Gründen nicht korrekt. Es ist erstaunlich, dass bisher kein Verein mit diesem Anliegen an die Stadt gekommen ist. Die Kosten werden durch die Mitgliederbeiträge getragen. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und lehnt den Antrag ab.

Manfred Locher, Fraktion der Mitte, findet den Vorstoss sympathisch. Das Geschäft erweckt den Eindruck, dass es vor allem um Fussballvereine geht. Die Mehrheit der Fraktion lehnt den Antrag ab und folgt dem Gemeinderat.

Gemeinderat Roman Gimmel dankt für die intensive Diskussion. Als Zuständiger des Sports hätte er gerne eine andere Antwort empfohlen. Im Verlaufe der Zeit ist eine Verwöhnhaltung entstanden. Er weist darauf hin, dass normalerweise zuerst über die Überweisung eines Postulats argumentiert und abgestimmt wird, bevor es an die vertiefte Prüfung geht.

Peter Aegerter, BDP, korrigiert, dass die Stadt auf nichts verzichten muss, da der Bund und Kanton die Kosten erheben. Es gibt einen Unterschied zwischen Miete und Baurechtszinsen. Dass Sportanlagen nicht gratis genutzt werden können, ist klar. Bei den Baurechtszinsen hat man bereits eine Belastung.

Der Rat lehnt das Postulat mit 30 : 7 Stimmen ab.

## Mitteilungen

Keine weiteren Mitteilungen.

## Eingänge

- Postulat 14/2015 "Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmenden während Bauphase Zugang Schlossbergparking, temporärer Ersatz von Veloabstellplätzen in der oberen Hauptgasse gefordert!" (Dringlich)

- Postulat 15/2015 "Verzicht auf die Errichtung einer Buvette am Aarequai" (Dringlich)

Der Stadtratspräsident verweist auf die nächste Sitzung, die um 17.30 Uhr im Gymnasium Thun Schadau stattfindet.

Der Stadtratspräsident

Thomas Hiltbold

Der Stadtratssekretär

Rem Berlinger